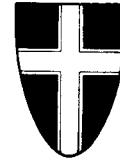


AMT DER
WIENER LANDESREGIERUNG



MD-3260-6/92

Wien, 11. Februar 1993

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen geändert wird; Stellungnahme

AMT GESETZENTWURF
152-GE/19 P2
Datum: 16. FEB. 1993
24.2.93 Kerkens

An das
Präsidium des Nationalrates

Dr. Pillmeier

Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der Beilage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilagen

Dr. Pillmeier
Obersenatsrat

**AMT DER
WIENER LANDESREGIERUNG**Dienststelle **MD-Büro des Magistratsdirektors**Adresse **1082 Wien, Rathaus**Telefonnummer **40 00-82124**

MD-3260-6/92

Wien, 11. Februar 1993

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen geändert wird;
Stellungnahme

zu Zl. 68.211/30-I/B/5A/92

An das
Bundesministerium für
Wissenschaft und Forschung

Auf das Schreiben vom 3. Dezember 1992 beehrt sich das Amt der Wiener Landesregierung, in Abänderung der Äußerung vom 18. Jänner 1993, MD-3260-1 und 2/92, zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf folgende Stellungnahme bekanntzugeben:

Im Hinblick auf die Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft in Österreich bestehen gegen den vorgesehenen ersatzlosen Entfall des Studienganges "Öffentliche Wirtschaft und Verwaltung" (§ 3 Abs. 1 lit. d) Bedenken grundsätzlicher Art. Im übrigen gibt der vorliegende Entwurf keinen Anlaß zu Bemerkungen oder Anregungen.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:

Dr. Pöllmeier
Obersenatsrat

